

Globalisierung und Armut in Indien

Was haben Menschenrechte damit zu tun?

Dr. Eberhard Weber

"Versprochen - Verletzt - Gefordert".
50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Tagung des Forums Menschenrechte
29.04.1998
Landesvertretung Niedersachsen
Bonn

Einleitung

1974 beschlossen die Staatsmänner der Welt auf der Welternährungskonferenz in einer einmütigen Erklärung, daß innerhalb der kommenden zehn Jahren kein Kind auf der Welt mehr hungrig zu Bett gehen wird, keine Familie mehr um das Brot (oder den Reis) für den nächsten Tag zittern muß, und kein Mensch mehr seine Zukunft und seine Fähigkeiten durch Unterernährung verkümmern sieht. Mit Hilfe neuer Produktionsmethoden, gepaart mit Fortschritten bei der Kontrolle des Bevölkerungswachstums, wollte man innerhalb einer Dekade den Hunger auf der Welt ausradieren.

Heute wissen wir, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde. Ganz im Gegenteil: zum Jahr der ersten Welternährungskonferenz hungerten auf der Erde schätzungsweise 460 Millionen Menschen. Ihre Zahl ist laut der FAO zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf annähernd eine Milliarde Menschen angewachsen.

Hunger hat viele Gesichter. Wir in den Industrienationen bekommen davon nur wenige zu sehen. Meist bedarf es einiger tausend Tote, bevor unsere Zeitungen und unser Fernsehen von einer Hungerkatastrophe aus einem entlegenen Winkel der Erde berichten. Erdbeben, Überschwemmungen, häufig aber auch Dürren sind die Begleiter solcher Nachrichten. So überrascht es nicht, daß Hunger von den Menschen in den Industrienationen auch heute noch hauptsächlich als Naturkatastrophe wahrgenommen wird. In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die der Mensch als Gestalter seiner Umwelt spielt, wird der Begriff "Naturkatastrophe" fragwürdig, ja geradezu falsch. Er lenkt die Aufmerksamkeit in verfälschender Weise auf das vermeintlich schicksalhafte Treiben der Natur. So schieben Menschen alle Verantwortung, die sie selbst vielleicht beim Zustandekommen von Hungerkatastrophen haben, weit von sich.

Jetzt, gegen Ende des 20. Jahrhunderts wird das soziale Wohlbefinden und in vielen Fällen das nackte Überleben großer Teile der Menschheit von einer immer noch zunehmenden sozialen Marginalisierung und wirtschaftlichen Unterdrückung bedroht. Eigentlich ist es nicht notwendig, die Gründe hierzu immer wieder aufs Neue zu analysieren. Sie sind weitgehend anerkannt und werden dennoch regelmäßig ignoriert. Die Regierungen in den Industrienationen und ihre Kollegen in den sogenannten Entwicklungsländern predigen nach wie vor die Ideologie eines unbegrenzten Wachstums, gegenwärtig vielleicht sogar heftiger als jemals zuvor. Sie beteuern, daß durch die zunehmende Globalisierung, durch die Liberalisierung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, dem Hinausdrängen staatlicher Kompetenzen und Verantwortlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, die Länder des Südens eine reelle Chance hätten Hunger und Armut auszurotten und ihren Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Das Recht auf Nahrung oder das Recht, sich zu ernähren !?

Im November vor eineinhalb Jahren wurde auf dem Welternährungsgipfel in Rom feierlich erklärt, daß jeder Mensch ein Recht auf Nahrung habe. Nun sieht diese Absichtserklärung sehr progressiv aus, nicht zuletzt weil die Realität zeigt, daß dies auch heute längst noch nicht der Fall ist und so könnte man leicht annehmen, daß solche Absichtserklärungen etwas Neuartiges seien. Dem ist aber nicht so. Schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist in Art. 25 zu lesen:

“Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitmung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände”

Als 1976 der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Kraft trat wurde das Recht, sich zu ernähren in Art.11 des Paktes völkerrechtlich gültig kodifiziert.

“Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechtes zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhende Zusammenarbeit an”.

Im UN-Report (1987) über das “Recht auf angemessene Nahrung als Menschenrecht” wurden weitere Bedingungen für den normativen Gehalt des Rechtes genannt: der Zugang zu Nahrung in Menschenwürde und Versorgung und Zugang zu angemessener Nahrung müssen dauerhaft sein”.

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß es sich bei dem vorliegenden Recht um mehr als das Recht auf Nahrung in dem Sinn handelt, daß die Vertragsstaaten ihrer Fürsorgepflicht schon dann nachkommen, wenn dafür Sorge getragen wird, daß mengenmäßig genügend Nahrungsmittel vorhanden sind. Tatsächlich wurde der Begriff “Recht auf Nahrung” lange Zeit mit der Frage der globalen Ernährungssicherheit nahezu gleichgesetzt. Erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre begann sich die Wahrnehmung zu verändern, zum Beispiel auf der Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (1979). Heute hat sich weitgehend die Auffassung durchgesetzt, daß die Erfüllung des Grundrechtes sich zu ernähren, weniger eine Frage der unzureichenden quantitativen Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist als vielmehr eine Frage ob und wie Menschen Zugang zu Land oder Arbeit haben, d.h. zu Möglichkeiten, selbst ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren oder zu erwerben.

Es besteht somit ein enger Zusammenhang zwischen dem Recht, sich zu ernähren und den anderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, z.B. dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Gesundheit. Diese Menschenrechte sind unteilbar. Darüberhinaus gehen Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte fast immer mit Verletzungen der bürgerlichen und politischen Menschenrechte einher. Von politischer Verfolgung, Folter etc. sind oft Menschen betroffen, die sich für die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte einsetzen, z.B. indem sie sich organisieren. Eine Hierarchisierung der Menschenrechte ist deshalb nicht möglich. Menschenwürdiges Leben verlangt die volle Verwirklichung der in beiden Menschenrechtspakten formulierten Rechte.

Das Menschenrecht, sich zu ernähren verleiht jedem Menschen einen unveräußerlichen Rechtsanspruch gegenüber seinen/ihren Staat. Es handelt sich also um ein Recht, daß ein Mensch

hauptsächlich gegenüber der jeweiligen Regierung und ihren Organen hat. Von Verletzungen dieses Rechts kann also dann gesprochen werden, wenn das Recht durch staatliches Handeln selbst verletzt wird, oder wenn staatliche Organe es zulassen, daß das Recht von Dritten gebrochen wird.

Das Menschenrecht, sich zu ernähren kann auf unterschiedlicher Weise verwirklicht werden. Es wird erreicht, wenn Menschen Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Wälder u.a. haben, um genügend Nahrungsmittel anzubauen, genügend Fische zu fangen bzw. ausreichende Waldprodukte zu sammeln, um so ihr Grundbedürfnis auf Nahrung zu befriedigen. Das Recht, sich zu ernähren ist auch dann verwirklicht, wenn Menschen für ihre Arbeit eine ausreichende Bezahlung erhalten und schließlich beinhaltet das Recht, sich zu ernähren auch das Recht nach Sozialer Sicherheit, indem es Menschen gegen die Folgen von Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit absichert, da diese Risiken bei fehlenden Sicherungsmechanismen immer auch sehr eng mit Mangelernährung und Hunger verbunden sind.

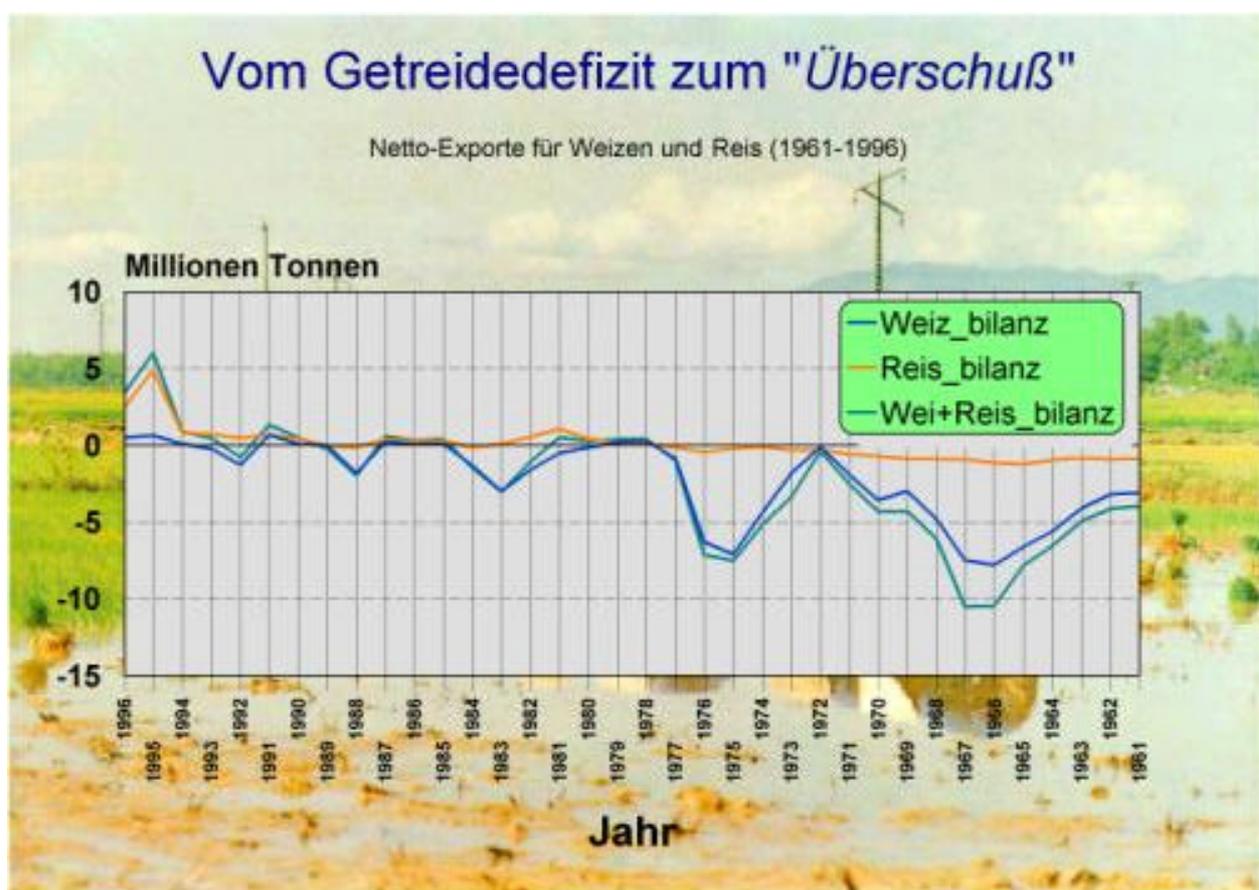
Gegenüber seinen Bürgern hat der Staat drei Verpflichtungen, die sich aus dem Menschenrecht, sich zu ernähren herleiten lassen (vgl. Schaubild 1a und 1b im Anhang).

Armut in Indien

Einer der vielfältigen Widersprüche Indiens besteht darin, daß heute, nach 50 Jahren der Unabhängigkeit, zwar gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln exportiert werden, im Land aber gleichzeitig hunderte Millionen Menschen unter- oder fehlernährt sind.

Die Fakten klingen beinahe schon pervers. Indien, das Land mit der Bettelschale, das früher weltweit Nahrungsmittel einkaufte (oder "geschenkt" bekam), ist inzwischen zu einem Nettoexporteur von Nahrungsmitteln geworden. Zu Beginn der 70er Jahre waren es etwas mehr als 30.000 Tonnen Getreide (v.a. Basmati-Reis), die ins Ausland verkauft wurden. Dem standen jedoch Getreidimporte von über 3 Millionen Tonnen gegenüber. 1996/97 hat sich dieses Verhältnis geradezu umgekehrt. Getreideimporten von etwa 65.000 Tonnen stehen Reisexporte von fast 5 Millionen Tonnen gegenüber. Und dennoch hungern viele Menschen in Indien !

Schaubild 2: Nahrungsmittelexport



Hunger und Unterernährung sind nicht die Folge von zu geringer Nahrungsproduktion, sondern davon, daß sich große Teile der Bevölkerung die reichlich vorhandenen Nahrungsmittel nicht leisten können. Die Armut ist es, die viele Menschen hungern läßt. Ursachen dieser Armut liegen zwar auch in der Geschichte des Landes begründet, in den Auswirkungen jahrhundertelanger kolonialer Deformierung, sie sind aber gleichzeitig der Unfähigkeit der Politiker zuzuschreiben, denen es in 50 Jahren nicht gelang, einen effektiven sozialen Ausgleich zu schaffen.

1996/97 hat die Produktion von Grundnahrungsmitteln (Getreide und Hülsenfrüchte) nach Angaben des Landwirtschaftsministers Chaturanan Mishra erstmals die magische Grenze von 200 Millionen Tonnen überschritten. Eine wahrhaft gewaltige Produktionssteigerung, da zu Beginn der 50er Jahre gerade knapp 50 Millionen Tonnen Linsen, Reis, Weizen, Hirse und

andere Getreidearten geerntet wurden. Seither hat sich deren Produktion fast vervierfacht, während die Bevölkerungszahl noch nicht einmal um das Dreifache gestiegen ist.

Schaubild 3: Bevölkerung, Nahrung, Düngemittel



Die früher vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Nahrungsmittelproduktion in Indien nicht mit der raschen Zunahme der Bevölkerung schritthalten könne, bestätigte sich nicht. Rein rechnerisch stehen heute jedem Menschen in Indien mehr als 530 Gramm pro Tag an Getreide und Hülsenfrüchten zur Verfügung. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit waren es noch nicht einmal 400 Gramm täglich. Statistiken verzerren jedoch die Realitäten. Wer nun annimmt, daß die gewaltigen Produktionssteigerungen das Problem von Hunger und Unterernährung in Indien beseitigen konnten, der irrt. Auch heute leben noch etwa ein Drittel der indischen Bevölkerung (mehr als 300 Millionen Menschen) unterhalb der Armutsgrenze, die über den Wert einer angenommenen ausreichenden Ernährung berechnet und festgelegt wird. Mit den großen Erfolgen an der Produktionsfront konnte keine ausreichende Ernährung aller Menschen in Indien sichergestellt werden. Doch zur Lösung dieses Problems bedarf es primär nicht weiterer Produktionssteigerungen. Was fehlt ist das Geld in den Händen vieler Menschen, um sich die Grundnahrungsmittel kaufen zu können. Daneben fehlt den Bauern eigenes Land, um Nahrungsmittel selber anbauen zu können. Diese Strukturen des Mangels wurden zwar schon während der Kolonialzeit angelegt, doch 50 Jahre Unabhängigkeit hätten ausreichen müssen, um die kolonialen Verhältnisse zu beseitigen. Schließlich hat Indien es in dieser Zeit geschafft, eine riesige Armee aufzubauen, Atombomben zu produzieren und Satelliten in den Weltraum zu schicken!

Die "Grüne Revolution" in Indien

Armut in Indien hat viel mit dem Zustand der indischen Landwirtschaft und den ländlichen Gesellschaftsstrukturen zu tun. Nachdem in den 60er Jahren eine Agrarreform gescheitert war verfolgte die indische Agrarpolitik eine starke ländliche Modernisierungspolitik, die unter der Bezeichnung "Grüne Revolution" bekannt wurde. Auf Anraten der "Ford Foundation" und der Weltbank" wurde in Indien ein riesiges Agrarentwicklungsprogramm begonnen, das der raschen Verbreitung von Hochleistungssaatgut, Düngemittel und Pestiziden diente.

Hochleistungssorten sind besonders anfällig gegen Pflanzenschädlinge und -krankheiten. Während sich die traditionellen Sorten in einer oft jahrhundertelanger Selektion an die lokalen Verhältnisse anpassen und gegen Schädlinge und Krankheiten resistent werden konnten, wurden die neuen Sorten innerhalb kürzester Zeit eingeführt. Um den entstehenden Schädlingsplagen Herr zu werden, müssen nun Unmengen an Pestiziden multinationaler Chemiekonzerne aus der "Ersten Welt" versprüht werden. Heute werden in Indien noch Schädlingsbekämpfungsmittel eingesetzt, die in Europa, den USA und Japan, aufgrund ihrer Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt, schon seit Jahren verboten sind

Wo hochoertragreiche Getreidesorten gedeihen sollen, ist eine reichliche und gut kontrollierbare Bewässerung notwendig. Bei unzureichender Bewässerung bleibt der eingesetzte Mineraldünger praktisch wirkungslos. Die besten Bedingung herrschen dort, wo sich die Bewässerung auf bodennahes Grundwasser oder auf flußgespeiste Kanalbewässerung stützen kann. Die Kerngebiete der "Grünen Revolution" beschränken sich in Indien schon aus diesem Grund auf die großen Flußebenen des Nordens beziehungsweise die Deltaregionen des Südostens. Doch die Bewässerung mit Brunnen birgt auch etliche Nachteile wie etwa das drastische Absinken des Grundwasserspiegels und viele Brunnen fielen trocken und mußten vertieft werden. Dies verursacht enorme Kosten und ist -mittel- und längerfristig, bei stetig steigendem Druck auf die Ressourcen, d.h. immer größerer Grundwasserentnahme - kaum als Strategie "nachhaltiger Entwicklung" zu bezeichnen.

Auswirkungen der "Grünen Revolution" auf die Nahrungsmittelproduktion.

Niemand wird bestreitenkönnen, daß durch die "Grüne Revolution" die Nahrungsproduktion in Indien stark angestiegen ist. Diese Erfolge wurden aber teuer erkaufte. Der kapitalintensive Anbau moderner Hochleistungssorten kam für Klein- und Marginalbetriebe meist nicht in Frage. Die "Grüne Revolution" hat nicht nur die Mittel- und Großbetriebe einseitig begünstigt, sie hat auch dazu beigetragen, daß sich die Landbesitzstruktur eher noch weiter zu Lasten der unteren sozialen Schichten veränderte.

Am Vorabend der "Grünen Revolution" befand sich die indische Landwirtschaft in einer schweren Krise. Die Landreform und das 'Community Development Programme' waren mehr oder weniger gescheitert und die strukturellen Probleme der indischen Landwirtschaft noch immer ungelöst. Es wurde auch deutlich, daß tiefgreifende strukturelle Veränderungen innerhalb eines absehbaren Zeitrahmens weiterhin am Widerstand der ländlichen Eliten scheitern würden. Durch eine Reihe schlechter Ernten zu Beginn der 60er Jahre wurde die sozio-ökonomische Situation immer angespannter. Die Entwicklung der "sensationellen" Hochoertragssorten kam der indischen Regierung zu diesem Zeitpunkt sehr gelegen: wenn schon eine gerechtere Landverteilung nicht erreicht werden konnte, so mußte man zumindest die Nahrungsmittelproduktion steigern, um soziale Konflikte abschwächen zu können. Die mit dieser Strategie verbundene Vorstellung von Entwicklungsprozessen war eine klassisch modernistische: durch die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und der gesamten Produktivität in der Landwirtschaft sollte ein Prozeß beginnen, von dem auch die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gruppen langfristig profitieren sollten ('trickle down').

Investiert wurde in diejenigen Gebiete, in denen sich die landwirtschaftliche Produktion bereits auf einem vergleichsweise hohen Niveau befand, also nicht in naturräumlich benachteiligte Regionen (z.B. dürrgefährdete Gebiete). Über die Mittelvergabe wurden praktisch ausnahmslos Großbetriebe berücksichtigt, weil die günstigen staatliche Kredite nur an Betriebe vergeben wurden, die Sicherheiten

vorweisen konnten. Pächter und Kleinbauern waren daher von staatlichen Krediten weitgehend ausgeschlossen und mußten auf private Geldverleiher zurückgreifen.

Durch die Agrarreform waren die traditionellen ländlichen Eliten nicht mehr länger parasitäre Steuereinzahler, sondern sie waren Großgrundbesitzer geworden. Mit der Einführung moderner Getreidesorten und steigender Profite wurde der Anreiz, Land selbst zu bewirtschaften, größer. Das war allerdings nur dadurch möglich, daß der Staat den Landwirten einen beträchtlichen Teil ihrer Produktionskosten durch Subventionen abnahm. Die Konsequenzen daraus waren vielfältig. So erhöhte sich die Nachfrage nach Ackerland und die Bodenpreise stiegen. Kleinbetriebe konnten sich kaum noch vergrößern. Wer von den Marginal- und Kleinbauern den Versuch wagte, Hohertragssaatgut anzubauen, geriet leicht in existentielle Not. Ein schlechter Monsun, eine Schädlingsepidemie konnte ausreichen, und den Großteil der Ernte zu vernichten. Es häuften sich Fälle, in denen Kleinbauern Kredite bei lokalen Geldverleihern aufgenommen hatten, um sich teures Saatgut, Düngemittel und Pestizide zu kaufen, die aber durch Mißernten nicht den erhofften Mehrertrag erwirtschaften konnten und in eine verhängnisvolle Verschuldungsspirale gerieten. Viele verloren ihr Land an die Geldverleiher, die in der Regel lokale Großbauern sind und das Land gerne zu "günstigen Bedingungen" von den Schuldnern "erwerben". Hat eine Kleinbauernfamilie ihr Land einmal verloren, so bleibt die (schlecht) bezahlte Landarbeit meist ihre einzige Einkommensmöglichkeit. Durch die ständig steigende Zahl landloser LandarbeiterInnen und die damit verbundene Entwertung der Ware "Landarbeit" wird diese jedoch zunehmend unsicherer.

Hochleistungssorten verlangen eine intensive Saatvorbereitung und viel Pflege bis zur Ernte. Durch die Möglichkeit einer zweiten oder sogar dritten Ernte fallen auch mehrmals im Jahr Arbeiten an, die bislang nur einmal durchgeführt werden mußten. Doch es wächst auch der Zeitdruck. Die Felder müssen rasch abgeerntet werden, damit die neue Aussaat erfolgen kann. Mehr Arbeitskräfte sind notwendig, oder aber besseres Gerät, denn Verzögerungen bei der Ernte bringen den gesamten Anbauhythmus durcheinander. Bereits zu Beginn der 80er Jahre wirkte sich dies auf den ländlichen Arbeitsmarkt aus. Beim traditionellen Pflügen mit Ochsen wurden zum Beispiel im Punjab zur Bearbeitung eines Hektar Ackerlandes 101 Arbeitsstunden benötigt. Ein Traktor erledigt die gleiche Arbeit in nur knapp 19 Arbeitsstunden. Auch bei anderen Arbeitsgängen ergeben sich große Arbeitszeiterparnisse sobald von traditionellen auf moderne Bearbeitungsmethoden übergegangen wird. In den Reisanbaugebieten ist die Mechanisierung bis heute jedoch noch nicht so weit fortgeschritten wie in den Weizenregionen, denn viele Arbeitsgänge können schon aus technischen Gründen (noch) nicht von Maschinen erledigt werden.

Der indische Staat übernahm durch vielerlei Subventionen nicht nur einen Teil der bäuerlichen Produktionskosten, sondern er schuf mit der Garantie hoher Produzentenpreise für Nahrungsgetreide einen weiteren Produktionsanreiz. Was gedacht war, um die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung anzupassen, erwies sich als extrem nachteilig für die ärmsten ländlichen Gruppen. Kleinstbauern, Landlose und Pächter sind besonders hart betroffen, wenn ihre Eigenproduktion nicht ausreicht, um sich und ihre Familie zu ernähren und sie deshalb Getreide zukaufen müssen, denn hohe Produzentenpreise führen auch zu hohen Konsumentenpreisen.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die "Grüne Revolution" in Indien für die ärmsten Gruppen der ländlichen Gesellschaft wenig Vorteile brachte. Doch wie sieht es für den indischen Staat aus? Um welchen Preis wurden die enormen Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft erkaufte? Die ökologischen Folgen einer nicht angepaßten Landbewirtschaftung sind beileibe nicht die einzigen gesamtgesellschaftlichen Negativeffekte. Mit einer landwirtschaftlichen Autarkiepolitik wollte Indien sich von Nahrungsmittelimporten unabhängig machen. Heute zeigt sich allerdings, daß mit dieser Politik die eine Form der Abhängigkeit lediglich durch eine andere ersetzt wurde, zum Beispiel teure Energieimporte für die Düngemittelherstellung.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war Indien unbestritten verwundbar und ein Teil dieser Verwundbarkeit lag tatsächlich in der Nahrungsproblematik, die das Land tendenziell importabhängig machte. Die Hilfe, die Indien erhielt, erwies sich nicht selten als Mittel, um Einfluß auf die indische

Politik zu nehmen. Ein starker Rückgang der Devisenreserven hatte Ende der 50er Jahre dazu geführt, daß staatliche Investitionen drastisch eingeschränkt werden mußten. Die Produktion stagnierte, die Bevölkerung wuchs und das Land war gezwungen, große Getreidemengen zu importieren. Die Weltbank sollte Indien aus dieser schwierigen Situation heraushelfen: Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und das 'Aid India Consortium' sagten Kredite in Höhe von 600 Millionen US-Dollar zu und schnürten ein Kreditpaket für die kommenden Jahre, verknüpften dies jedoch mit der "Erwartung" einer Lockerung der Zugangsbeschränkungen für ausländische Investoren.

Mitte der 60er Jahre wiederholten sich die Ereignisse. Wieder erlebte Indien eine Finanzkrise: der indisch-chinesische Krieg (1962) hatte die Rüstungsausgaben weit über die Planzuweisungen steigen lassen und die Gewinne der staatlichen Unternehmen waren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Weltbank sah nun erneut die Gelegenheit, die indische Wirtschaftsordnung der 'Mixed Economy' in Frage zu stellen und bestand darauf, die Landreformpläne zu den Akten zu legen und endlich mit der Modernisierung der Landwirtschaft zu beginnen.

Trotz erheblicher Bedenken wurde die Importliberalisierung beschlossen und der Zugang für ausländische Firmen erleichtert. Vor allem in den Bereichen Schädlingsbekämpfungs- und Düngemittel konnten diese sich engagieren und es wurden ihnen sogar Sonderkonditionen eingeräumt. Als viele Regionen Indiens 1966 von einer schweren Dürre heimgesucht wurden, und in diesem und dem folgenden Jahr mußten 20 Millionen Tonnen Weizen und Reis importiert werden. Die Nahrungsmittelpreise schossen in die Höhe, aber die amerikanische Regierung zögerte, zugesagten Weizen tatsächlich zu liefern. In Indien kritisierten Vertreter der ländlichen Eliten, es würde zu wenig zur Förderung der Landwirtschaft getan. Unter diesem wachsenden Druck setzte die Regierung den Vierten "Fünf-Jahres-Plan" aus und verabschiedete einen Jahresplan für 1966/67, in dem die "Grüne Revolution" beschlossen wurde.

1972/73 kam es erneut zu schlechten Ernten, und innerhalb von drei Jahren mußten über 16 Millionen Tonnen Getreide importiert werden. Steigerungen der Staatsausgaben verstärkten die inflationären Tendenzen. Verschlimmert wurde die Situation dadurch, daß die USA nach dem indo-pakistanischen Krieg von 1971 ihre Wirtschaftshilfe an Indien eingestellt hatten und sich durch die Ölpreiskrise 1973/74 das Zahlungsbilanzdefizit deutlich verschlechterte.

Die Rolle der Landwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

Etwas mehr als sechs Jahre sind vergangen seit im Juni 1991 durch die damals neu gewählte Congress-Regierung unter Premierminister Narashima Rao das vom IWF und Weltbank gestützte Strukturanpassungsprogramm in Indien begonnen wurde. Damit wurden die Prinzipien der indischen Wirtschaftsordnung der ersten Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit weitgehend aufgegeben. Statt auf den vom ersten indischen Premierminister Nehru proklamierten "Sozialismus zwischen den Blöcken" wird seither auf ein neoliberales Wirtschaftskonzept gesetzt, das Indien stärker in den Weltmarkt einbinden soll. Diese neue Strategie stellt die Förderung der inzwischen auf etwa rund 350 Millionen Menschen angewachsenen Mittelschicht ins Zentrum. Wie schon unter Nehru geht es auch heute darum, Indien zu einer führenden Industrienation zu machen. Die "kleinen Tiger" Ost- und Südostasiens dienen dem "großen Elefanten" Indien als Vorbild - doch dieser zeigt sich eher träge.

Eine kürzlich von der Weltbank veröffentlichte Studie mit dem Titel "India: Achievements and Challenges in Reducing Poverty" belegt scheinbar, daß durch die Strukturanpassungspolitik nicht nur die wirtschaftliche Rezession überwunden werden konnte, vielmehr ist auch die Zahl der in Indien unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen stark zurückgegangen. Belegt wird diese Behauptung freilich nicht. Die Analyse des statistischen Zahlenmaterials im Anhang der Studie zeigt jedoch, daß die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Inderinnen und Inder im Jahr 1994 weitaus höher als 1990 war, dem Jahr vor Beginn der Strukturanpassung. Damit würde eine Entwicklung umgekehrt, die seit den

frühen 70er Jahren zu einer beständigen, wenngleich sehr langsamen, Verringerung der Armut in Indien geführt hatte.

Was das für die Ärmsten in Indien bedeutet wurde bereits wenige Monate, nachdem die ersten Strukturanpassungsmaßnahmen umgesetzt waren, spürbar. Hierbei zeigt sich wieder einmal beispielhaft, daß Hunger nicht nur mit der Nahrungsmittelproduktion. Als im Dezember 1991 in der nationalen Presse Schlagzeilen über Hungertote in Andhra Pradesh erscheinen, zeigte sich, daß die Gefahr von Hungersnöten in Indien auch heute nicht vollkommen gebannt ist. An sich nichts Ungewöhnliches in einem Land wie Indien, in dem Hungersnöte Jahrhunderte lang zur gesellschaftlichen Realität gehörten. Nichts Ungewöhnliches in einem Land, das trotz aller agrartechnischen Verbesserungen nach wie vor von den Launen des Monsuns abhängig ist. Nichts Außergewöhnliches also? Vielleicht doch, denn zeitgleich mit den Meldungen über die Hungertoten in Andhra Pradesh berichtete die indische Presse von der dritten Rekordernte hintereinander; trotzdem stiegen gerade in diesem Jahr die Preise für Nahrungsmittel stärker an als für andere Produkte. Bemerkenswert ist auch, daß bei keinem Produkt größere Exportsteigerungen zu verzeichnen waren als bei Reis. Es mag auch verwundern, daß die Opfer nicht in den trockenen und (land)wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten Andhra Pradeshs zu beklagen waren, sondern in den fruchtbaren und landwirtschaftlich hochentwickelten Deltas des Godavari- und Krishna-Flusses. Und es fällt weiter auf, daß die Opfer ausschließlich einer einzigen Berufsgruppe angehörten, nämlich der der Handweber.

Die Ursachen für diese Tragödie sind schnell aufgezählt. Baumwollgarn, der Rohstoff für die Weber, wurde von den Herstellern immer häufiger ins Ausland exportiert, anstatt die heimische Nachfrage zu befriedigen. Die mächtige Spinnerei-Lobby hatte bei der indischen Regierung die Lockerung der Exportbeschränkungen für Baumwollgarne durchsetzen können. Als Folge davon hat sich das Exportvolumen für diese Produkte zwischen 1987 und 1990 fast verdreifacht. Schon Ende der 80er Jahre hatten sich die Rohstoffpreise für die Weber dadurch drastisch verteuert. Für einfaches Baumwollgarn stieg der Preis zwischen 1985 und dem Sommer 1991 um mehr als 260 Prozent. Bei solchen Preisen konnten die Weber nicht mehr rentabel wirtschaften, zumal der Markt mit billigeren Produkten aus industrieller Fertigung überschwemmt wurde. Parallel dazu stiegen die Lebenshaltungskosten in Indien sehr stark an, vor allem bei den Grundnahrungsmitteln.

Zur Hungerkatastrophe entwickelte sich die Situation der Weber, als Anfang Juli 1991 die indische Regierung - als erste Maßnahme ihrer neuen Wirtschaftspolitik - die Abwertung der Rupie um 20 Prozent beschloß und gleichzeitig die übrigen Exportbeschränkungen für Baumwollgarne abschaffte. In kurzer Zeit verlagerten sich die Warenströme weiter auf den Exportmarkt, das Binnenangebot wurde weiter reduziert, und die Produktionskosten für die Weber schnellten abermals in die Höhe. Zuvor hatten die Weber sich und ihre Familien mit einem kärglichen Monatseinkommen von etwa 600 Rupien mehr schlecht als recht ernähren können, doch die verbleibenden 300 Rupien, die nun im Laufe eines Monats in die Haushaltskassen flossen, reichten bei weitem nicht mehr, um nur die wichtigsten Dinge des (Über)Lebens zu kaufen.

Dennoch spricht die Weltbank von ersten Erfolgen ihres wirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes für Indien und dem ist sogar zynisch beizupflichten, denn die Aktienkurse an der Börse in Mumbai (Bombay) waren noch niemals so hoch wie derzeit, der Konsumrausch der Mittelschichten hält unvermindert an und die Armen wundern sich, daß alle davon reden daß es dem Land so gut ginge wie nie zuvor, sie aber nichts davon merken.

Der indische Staat ist im hohen Maße im Ausland verschuldet und so besteht ein gewaltiger Zwang, Devisen zu erwirtschaften und zwar mit Produkten, die nicht erst Importe teurer Produktionsanlagen und -mittel voraussetzen. So werden die natürlichen Ressourcen des Landes zu Schleuderpreise auf den Weltmarkt geworfen. Schlußverkauf ohne Rücksicht auf die dabei entstehenden sozialen und ökologischen Auswirkungen, wie zum Beispiel im Bereich der Aquakulturen erschreckend demonstriert wird.

Hochproduktive Garnelenfanggebiete, vor allem die Brackwasserseen und Lagunen an der Ostküste Indiens, haben in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Großindustrie auf sich gezogen. Dies hat seit Mitte der 80er Jahre in vielen Regionen immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen mit lokalen Gruppen geführt, die seit Mitte der 90er Jahre zunehmend eskalieren. So etwa am Chilika-See im indischen Bundesstaat Orissa. Insgesamt hatte die dortige Landesregierung 400 Hektar Land zu einem extrem niedrigen Preis an den indischen TATA-Konzern verpachtet, weitere 380 Hektar wurden dem Konzern in Aussicht gestellt. Das Wasser für die auf dem Land entstehenden Garnelenteiche sollte mit 140 Dieselpumpen aus dem See bezogen werden. Im Anfangsstadium sollte der jährliche Umsatz aus dem Export von Garnelen etwa 275 Millionen Rupien betragen. Von den lokalen Fischern wurde befürchtet, daß das Projekt das hochsensible Ökosystem des Chilika-Sees unwiederbringlich zerstören würde und damit auch ihre Lebensgrundlage. Schon ohne das Projekt ist der See seit Jahren von der Verlandung bedroht. Abholzungen im Einzugsgebiet der Flüsse, die den See speisen, hatten dazu geführt, daß seine Größe von 906 (1914) bis Ende der 80er Jahre auf 800 Quadratkilometer zurückgegangen war. Die durchschnittliche Wassertiefe hatte in diesem Zeitraum von 2,4 auf 1,5 Meter abgenommen. Durch die Wasserentnahme für die Teiche würde der Verlandungsprozeß weiter vorangetrieben. Die Proteste der lokalen Bevölkerung erreichten jedoch, daß der Umweltminister der damaligen 'Congress'-Zentralregierung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen ließ und das Projekt anschließend auf Eis legte.

Demgegenüber sehen sich Landarbeiter- und Kleinfischerfamilien in Tamil Nadu durch ähnliche Projekte unvermindert bedroht. Im August 1991 hatte die Regierung Tamil Nadus angekündigt, verstärkt Aquakulturen zu fördern. Drei Jahre später gelangten die ersten Nachrichten über die sozialen Konsequenzen einer solchen Politik an die Öffentlichkeit und nahe Karaikal, einer kleinen Stadt im Norden des Cauvery-Deltas, wurde eine Protestversammlung von Landarbeitern von der Polizei mit Waffengewalt aufgelöst. 35 Hütten von Landarbeiterfamilien wurden dabei niedergebrannt.

Unzureichende Niederschläge, aber auch ein Streit mit der Regierung des benachbarten Bundesstaates Karnataka um die Nutzung des Cauvery-Wassers, hatten die Landwirtschaft im nördlichen Teil des Cauvery-Deltas empfindlich gestört und eine Garnelenfarm nach der anderen entlang der Küste entstehen lassen. Innerhalb von weniger als zwei Jahren waren dadurch die Bodenpreise von 17.500 auf über 200.000 Rupien je Hektar angestiegen. Dort, wo diese Veränderungen zuerst einsetzten, lebten etwa 14.000 Landarbeiterfamilien. Die meisten von ihnen sind heute arbeitslos und sahen sich gezwungen, das Gebiet zu verlassen, um woanders Arbeit zu finden.

Neben den dramatischen Auswirkungen auf das Leben der LandarbeiterInnen bestehen auch große Gefahren für die Umwelt. Indem ursprüngliches Reisland in Garnelenteiche umgewandelt wird, geht es für den landwirtschaftlichen Anbau unwiederbringlich verloren. Mit Pumpen werden die flachen Teiche mit Seewasser gefüllt, was in sehr kurzer Zeit zur Versalzung auch der umliegenden Felder führt und das Grundwasser verdirbt. Gefahren gehen zudem von Chemikalien aus, die bei der Garnelenzucht zur Vermeidung von Infektionskrankheiten eingesetzt werden, auch wenn diese häufig nicht viel helfen. Im September 1994 zerstörte eine Viruskrankheit die Garnelenproduktion im Wert von zwei Milliarden Rupien in Andhra Pradesh und Tamil Nadu fast vollständig. Chlor, Nitrophosphate und Antibiotika können leicht ins Grundwasser gelangen, wenn das Wasser aus den Teichen nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Analysen von Böden und Grundwasser hatten ergeben, daß in vielen Dörfern der Küstenregion Tamil Nadus schon nach weniger als zwei Jahren Garnelenzucht die Konzentration bestimmter Schadstoffe deutlich über den zulässigen Höchstwerten lag. Im nördlich angrenzenden Andhra Pradesh ist es noch schlimmer. Dort beziehen inzwischen viele Dörfer ihr Trinkwasser über Tanklastwagen und einige Dörfer mußten sogar umgesiedelt werden.

All diese Konflikte sind regional sehr begrenzt und die Betroffenen haben kaum die Möglichkeit, sich gegen mächtige Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Im Einzelfall sind zumeist "nur" einige zehntausend Menschen betroffen, gegenüber der Bevölkerung Indiens, die die Milliardengrenze

vermutlich bereits überschritten hat. Doch die "Einzelfälle" häufen sich, die Schärfe der Konflikte nimmt zu und an den verschiedensten Stellen in Indien kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen.

Handweber, die durch härteste Arbeit gerade so viel verdienen können, daß sie nicht heute, sondern erst übermorgen verhungern; Landarbeiter, die durch neuentstehende Garnelenfarmen ihre Beschäftigung verlieren, während andere sich eine goldene Nase verdienen; Kleinfischer, deren Netze immer häufiger leerbleiben, weil riesige ausländische Fangschiffe die Bestände abfischen und exportieren, All dies ist Ausdruck dessen, was euphemistisch mit Begriffen wie "Strukturanpassung", "Exportorientierung" oder "Liberalisierung" bezeichnen. "Komparative Standortvorteile" oder "Billiglohnland" klingt ein wenig sauberer als hemmungslose Ausbeutung oder fortgesetzte Mißachtung der Menschenrechte mit bewußt in Kauf genommener Todesfolge. Täter: eine "unsichtbare Hand"!

1991 betrug der Jahresumsatz der Nahrungsmittelindustrie Indiens etwa 100 Milliarden Rupien, etwa 18 Prozent des gesamten Industrieumsatzes. Mit jährlichen Wachstumszahlen von sechs Prozent ist die wirtschaftliche Rezession an diesem Wirtschaftsbereich in den letzten Jahren weitgehend vorübergegangen. Die Profite aus diesem Bereich liegen mit knapp 10 Prozent deutlich über den durchschnittlichen Raten der Industrie (7,4 Prozent). Die Exporte des Agrobusiness, die sich 1991 auf einen Wert von etwa 63 Milliarden Rupien beliefen, erhöhten sich bis 1996 auf 211 Milliarden Rupien. Wie bei den anderen Exporten machte sich aber auch hier der Verfall der indischen Währung bemerkbar, denn der Gegenwert der Agrarexporte in US-Dollar verdoppelte sich in diesem Zeitraum nichtmals. Er nahm von 3,5 Milliarden (1991) auf nur 6,3 Milliarden US-Dollar zu.

In Indien selbst gehören vor allem urbane Mittelschichten zu den Konsumenten der industriell verarbeiteten Nahrungsmittel. Nur sie können sich die - im Vergleich zu Frischprodukten - ungleich höheren Preise leisten. Mit Coca Cola, Pepsico und Kellogg haben inzwischen drei führende transnationale Konzerne aus diesem Bereich auf dem indischen Markt Fuß gefaßt. Kellogg konzentriert sich beispielsweise auf die Vermarktung von "Frühstücksgetreide" und eigens für deren Vermarktung haben die Gesundheitsbehörden bestehende Lebensmittelregeln geändert. So darf der US-Konzern in seinen Flocken das Anti-Oxidationsmittel BHA verarbeiten. Auch im achten Fünf-Jahres-Plan wird der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie besondere Beachtung geschenkt:

Die Gefahren einer solchen "agro-industriellen" Entwicklungsstrategie sind im Moment noch unabsehbar. Lokale Produzenten könnten ihre Anbauflächen an die Agro-Industrie verlieren, um dann lediglich als Lohnarbeiter auf deren Farmen und Fabriken zu arbeiten oder in "Satellitenfarmen" zu deren Zulieferern zu werden.

Die Preise für Nahrungsmittel werden durch diese Entwicklungen weiter ansteigen. Mit der Förderung von Agro-Industrien und dem teilweisen Export ihrer Produkte wird das Angebot frischer Nahrungsmittel sinken, es sei denn, es kommen hochintensive Anbauformen mit all ihren ökologischen Folgen zur Anwendung. In beiden Fällen werden die Nahrungsmittelpreise steigen: im ersten Fall durch das sinkende Angebot, im zweiten Fall durch die erheblich höheren Produktionskosten.

Angesichts des Verpackungswahns in den Industrienationen und den daraus entstehenden Rohstoff- und Entsorgungsproblemen ist der Sinn einer solchen Strategie nicht nachzuvollziehen. Außer unter dem Gesichtspunkt, daß hier ein gewinnträchtiger Wirtschaftsbereich entsteht, der Nahrungsmittel einzig als Profitquelle betrachtet und in dem soziale, ökologische, aber auch kulturelle Bedenken als unwichtig abgetan werden. Bedenklich sind auch die Pläne der indischen Regierung, den Anbau von Schnittblumen für den internationalen Markt energisch zu fördern. Wie bei der Exportförderung für tropische Früchte werden auch durch diese Entwicklung landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln wegfallen.

Anfang 1992 verkündete die niederländische Fluggesellschaft KLM, daß sie ihre Flüge zwischen Amsterdam und Neu Delhi von drei auf sieben pro Woche erhöhen wird, um holländische Touristen sowie indische Diamanten - und Blumen zu transportieren. Indien stellt einzig den Boden, das Wasser, und die Arbeitskräfte zur Verfügung. Ein Landarbeiter auf einem Blumenfeld wird dann am Tag

höchstwahrscheinlich weniger verdienen als bei eine einzige Nelke aus Indien in Europa kosten wird. In Indien bleiben der ausgelaugte Boden und die Gifte aus den Pestiziden westlicher Chemiemultis zurück. Insgesamt betragen die Planausgaben für den Gartenbau im achten 'Fünf-Jahres-Plan' zehn Milliarden Rupien - fünfzig Mal mehr als im vorherigen.

Wie schon zuvor im Fischereibereich ist zu befürchten, daß sich gerade wirtschaftlich und politisch schwache Gruppen gegen solche Interessen nicht behaupten können und im Konfliktfall wenig Gehör finden werden. Sie werden entweder ausgegrenzt oder aber in neu entstehende Organisationsformen so integriert, daß ihre Ausbeutung bereits vorprogrammiert ist. Sie stellen nicht mehr als einen Teil der Produktionskosten dar, die beim Ziel der Profitmaximierung und des Wettbewerbsvorteils auf dem Weltmarkt minimiert werden müssen. Als Konsumenten werden ihre Interessen ebenfalls mißachtet, denn ihr Anliegen ist es nicht, horrend Preise für moderne Produktlinien und Geschmacksrichtungen zu bezahlen. Für sie ist vielmehr bedeutsam, Nahrungsmittel in guter Qualität zu annehmbaren Preisen beziehen können - wenn sie schon daran gehindert werden, diese selbst anzubauen.

Strukturanpassung hat viele Seiten. Die Wirtschaft soll produzieren, doch damit das Sinn macht, muß es auch Käufer geben. Und die gibt es tatsächlich. Inzwischen wird die indische Mittelschicht auf 350 Millionen Menschen geschätzt. In den vergangenen zehn Jahren schnellten die Löhne in vielen Bereichen der Wirtschaft in die Höhe, während gleichzeitig die Einkommenssteuersätze ins Bodenlose sanken. Als im Frühjahr 1993 die Piloten von 'Air India' streikten, waren sie kühn genug, eine Gehaltsverdoppelung zu fordern. Der Skandal war allerdings, daß dies auch gewährt wurde: von 75.000 auf 150.000 Rupien pro Monat. Kein indischer Politiker wollte wohl das Risiko eingehen, mit einem unzufriedenen Piloten im Flugzeug zu sitzen. Ganz schön happig, da Landarbeiter froh sein können, wenn sie 1.000 Rupien im Monat zusammenbringen, wenn sie überhaupt Beschäftigung finden.

Es soll hier nicht darum gehen, die Inderinnen und Inder aufzufordern, sich auf das Asketentum einiger ihrer religiösen und philosophischen Vordenker zurückzubedenken, anstatt materielle Ansprüche zu stellen. Es geht auch nicht darum, Konsum zu verteufeln. Die Widersprüche sind es vielmehr, die aufschreien lassen; mit denen sehr viele Menschen in Indien nicht länger einverstanden sind, und hierin steckt der soziale Sprengstoff des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Auch wenn die Armen die Feinheiten der Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Kaufkraft der Mittelschichten steigern soll, nicht in ihren Einzelheiten nachvollziehen können, merken sie doch, daß diese Politik ihnen nur selten Vorteile bringt. Was kümmert sie das seit Jahren ausufernde Staatsdefizit? Um dies in den Griff zu bekommen, versucht die indische Regierung, eine restriktive Haushaltspolitik zu betreiben. Ausgabendisziplin heißt die Devise, den Gürtel enger schnallen. Doch wie schon so oft sind genau diejenigen Gruppen gemeint, die sich kaum weiter bescheiden können, die noch nicht einmal einen Gürtel haben. Keine anderen Produkte in Indien sind in den letzten Jahren so sehr von der Inflation betroffen wie Nahrungsmittel. Gleichzeitig versucht der Staat die Subventionierung von Nahrungsmitteln über ein staatliches Verteilungssystem (PDS), welches jahrzehntelang gerade den ärmsten Bevölkerungsgruppen half, die Ausgaben für Nahrungsmittel zu begrenzen, schrittweise abzubauen. 1990 verlangte die 'Food Corporation of India', die Institution der Zentralregierung, die für die Organisation des 'Public Distribution Systems' (PDS) verantwortlich ist, von den Bundesstaaten einen Preis von 289 Rupien für einen Doppelzentner Reis der schlechtesten Qualität. Vier Jahre später mußten die Bundesstaaten dafür 537 Rupien ausgeben. Nicht alle Bundesstaaten haben diese Preissteigerungen an die Kunden weitergegeben. So kostet in den staatlichen Läden heute ein Kilogramm Reis einfachster Qualität in Maharashtra fast sieben Rupien, in Tamil Nadu 2,50 Rupien zu bekommen und in Andhra Pradesh nur zwei Rupien. Doch selbst da, wo die Menschen von der enormen Preissteigerung verschont blieben, fällt der hohe Getreidepreis indirekt auf die Menschen zurück. Die Subventionsgelder, die von den Bundesstaaten aufgebracht werden, um die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten, fehlen bei der Durchführung anderer Maßnahmen, wie etwa bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Es ist sicherlich nicht falsch, wenn eine Regierung Überlegungen anstellt, wie Ausgaben einzusparen sind, vor allem dann nicht, wenn die Haushaltslöcher von Jahr zu Jahr größer werden. Allerdings verwundert die Menge der Subventionen, die für die Exportförderung oder Industrieansiedlung zur Verfügung stehen. Gewaltige Steuernachlässe werden gewährt und Land sowie die dazugehörige Infrastruktur beinahe zu symbolischen Preise verkauft. Im Gesundheits- und Bildungsbereich, sowie in der Landwirtschaft fallen schnell die Argumente, daß "das freie Spiel der Kräfte", die Zurückhaltung des Staates in diesen Bereichen zu einer höheren Effektivität führen würde. Doch Unternehmen wie Ford und Hyundai, deren riesige Automobilwerke in Madras (Chennai) im Aufbau sind, könnten ohne die staatlichen Geschenke sicherlich besser überleben als Menschen, die sich am Rande des Verhungerns befinden.

Heute, 50 Jahre nach der Unabhängigkeit, zählt sich Indien zu den führenden Industrienationen der Welt und steht doch in weiten Bereichen noch an den Anfängen. Viele Fehler, die woanders begangen wurden, könnten hier vermieden werden. Doch die Verteilung gesellschaftlicher Macht und die Ansprüche der Mittelschichten werden dies wohl zu verhindern wissen. Priorität müßte der sozialen Absicherung der Millionen Armen im Land zukommen. Statt dessen konzentriert sich die indische Regierung immer mehr auf die Bedürfnisse der kaufkräftigen Schichten. Priorität müßte auch der Förderung der sogenannten rückständigen Gebiete, der 'backward areas' zukommen. Aber statt dessen werden nach wie vor die sogenannten 'wirtschaftlich aktiven' Räume gefördert. Priorität müßte vor allem einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zukommen. Doch statt dessen überlegt sich die indische Regierung lieber, wie sie durch ihre Aktivitäten den Frühstücks- und Mittagstisch in den Industrienationen bereichert. Es besteht natürlich kein Zweifel daran, daß es den Menschen in Indien, und zwar auch den armen Menschen, heute materiell besser geht als vor der Unabhängigkeit, aber die Unzufriedenheit wächst. Viele Menschen sehen immer deutlicher, daß es in ihrer unmittelbaren Nähe Lebensstandards gibt, die für sie selbst unerreichbar sind. Und sie erkennen immer deutlicher, daß es Zusammenhänge zwischen ihrer Armut und dem Reichtum der anderen gibt. Durch die zunehmende ökonomische Polarisierung der indischen Gesellschaft entstehen Spannungen, deren Folgen mittel- und längerfristig unabsehbar sind. Die indischen PolitikerInnen täten gut daran, sich den Ursachen dieser Spannungen zu widmen. Und damit ist auch das Problem einer sinnvollen Entwicklungsplanung für den ländlichen Raum aktuell wie selten zuvor. Auch heute noch lebt die Mehrheit der indischen Bevölkerung auf dem Land, in den hunderttausenden Dörfern, und es wäre töricht, diese Menschen weiter aus dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß auszuschließen, sie immer weiter zu marginalisieren. Diese Aufgabe anzupacken und praktikable Lösungen zu finden ist wichtiger, als Indien als einen der führenden modernen Industriestaaten ins nächste Jahrtausend zu leiten.

Schaubild 1a

Staatenpflichten aus dem IPwskR

nationale Verpflichtungen

	respektieren	schützen			gewähren				
		Erlassen	Überwachung	Durchsetzung	gestaffeltes System staatlicher Hilfe	Überwachung und Analyse	Identifizierung besonders benachteiligter Personengruppen	Spezifische Programme	
		von Gesetzen und Verordnungen			Makropolitik				
Zugangsformen zum Rechtsgut	keine Enteignung/Umsiedlung ohne gleichwertige Entschädigung	Verleihung von Landtiteln, Nutzungsrechten, Pächterschutz, Anerkennung von traditionellen Landrechten und Landnutzungsformen	Grundbuchkataster, Schiedsstellen bei Grundbesitzstreitigkeiten, Landvermessung	unabhängiges gerichtliches Verfahren bei Landkonflikten	Landreform			z.B. Landlose Kleinpächter Indigene	
					Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte, Infrastrukturförderung			informeller Sektor	
	keine Entlassungen ohne existenzsichernde Begleitmaßnahmen/ Sozialplan	Festsetzung eines Mindestlohns, der die Existenz für den/ die Beschäftigte mit/ samt Familie sichert (oder andere Verfahren, die geeignet sind, das Existenzminimum durch Lohnarbeit zu garantieren, Arbeitsschutzbestimmungen	Überprüfung der Unternehmen auf Einhaltung der Mindestlohn und Arbeitsschutzbestimmungen	Arbeitsgerichte und Sanktionen gegen Unternehmen, die gegen Schutzrechte verstoßen	Vollbeschäftigungspolitik			z.B. Kinder Alte Kranke Arbeitslose ungeleitete ArbeiterInnen	
	Beachtung von Selbsthilfestrukturen bei Entwicklungsprogrammen, Umsiedlungen etc.	Festlegung von Mindestmengen und Qualitätskriterien bei staatlicher Nahrungsmittelversorgung			Schaffung sozialer Sicherungssysteme, 'Steuersenkung bei niedrigen Lohngruppen			z.B. Weisen Witwen Obdachlose Alte Kranke	abhängig vom konkreten Bedarf.
ausreichend in a. Qualität und b. Quantität	Keine Besteuerung des Existenzminimums				eine an der Nahrungsmittelselbstversorgung des Landes orientierte (Export-) Politik Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte			Unterernährung (bes. Kinder), ländliche Armutsregionen, städtische Arme	
		Verbraucherschutzgesetze, Gesundheitsauflagen für im Betrieb beschäftigte Personen, Umweltschutzauflagen	Lebensmittelkontrollen auf schädliche Inhaltsstoffe, Überwachung der Unternehmen auf Einhaltung der Umweltschutz- und Gesundheitsauflagen	Sanktionen gegen Unternehmen, die gegen Gesundheitsauflagen, Umweltschutz- und Verbrauchergesetze verstoßen				Fehlernährung von Kindern und anderer Gruppen	Maßnahmen, unterstützender Rahmenbedingungen
kulturell akzeptabel	Berücksichtigung von kulturellen/ religiösen Ernährungsgewohnheiten in Fällen staatlicher Nahrungsmittelversorgung							religiöse und nationale Minderheiten, Indigene	
nachhaltig	Anerkennung der Bedeutung traditioneller Ackerbau- und Sozialstrukturen bei landwirtschaftlichen (Förder-/Entwicklungs-) Programmen	Umweltschutzaufgaben zum Erhalt der Merkte und Qualität landwirtschaftlicher Nutzflächen, Flüsse, Beschränkung oder Verbot des Holzeinschlags	Überwachung der Unternehmen auf Einhaltung der Umweltschutzaufgaben	Sanktionen gegen Unternehmen, die Umweltschutzbestimmungen verstoßen	ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, Umweltschutz			Wander- und SaisonarbeiterInnen, landwirtschaftlicher Anbau in ökologisch sensiblen Gebieten	

Schaubild 1b

		internationale Verpflichtungen							
		respektieren	schützen			gewähren			
			Erlassen	Überwachung	Durchsetzung	gestaffeltes System internationaler Hilfe	Überwachung und Analyse	Identifizierung besonders benachteiligter Personengruppen	Spezifische Programme
			von Gesetzen und Verordnungen			Makropolitik			
Zugangsformen zum Rechtsgut	<p>ausreichend in</p> <p>a. Qualität und</p> <p>b. Quantität</p>	<p>keine Beteiligung an Maßnahmen, die zu Umstellungen ohne gleichwertige Entschädigung führen.</p> <p>Bewahrung des Menschenrechts einschließlich der Möglichkeit des Zugangs zu dem Rechtsgut durch unabhängige Stellen. Keine Schaffung existenzvernichtender Strukturen ohne gleichwertigen und nachhaltigen Ersatz.</p> <p>Keine Botsignale an Maßnahmen, die die Berechtigungen eines anderen Landes zur Verwirklichung des Menschenrechts verhindern oder unterkannern.</p> <p>Unterlassung von Handelsblockaden, die zur überlebensgefährdenden Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten führen.</p> <p>Unterlassung des Aushangens in bewaffneten Konflikten.</p>	<p>Bindung der Vergabe von Exportfördermitteln an menschenrechtliche und ökologische Kriterien</p> <p>Einsatz und Schaffung von Abkommen und Instrumenten zur Bindung internationaler Konzerne im Hinblick auf die Zahlung existenzsichernde Löhne; Gewährung sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen; Durchführung von Maßnahmen zum nachhaltigen Schutz der Umwelt und natürlicher Lebensgrundlagen</p> <p>Orientierung internationaler Handelsabkommen an menschenrechtlichen Kriterien</p>	<p>technische und administrative Hilfe im Rahmen der nationalen Aufgaben zur Überwachung von Gesetzen und Verordnungen</p>	<p>Beitritt zu internationalen Beschwerdeverfahren</p> <p>Schaffung politischen Drucks auf Regierungen zur Respektierung des Menschenrechts (öffentliche Aufforderungen, Resolutionen, Staatenbeschwerden, Unterstützung von Sanktionsmaßnahmen)</p> <p>Nutzung diplomatischer Kontakte</p>	<p>Schuldenerlaß</p> <p>Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung</p> <p>Abbau von Zoll- und Handels-schranken,</p> <p>Förderung einer an dem Menschenrecht orientierten Politik von Weltbank und IWF</p> <p>globale Umweltpolitik</p> <p>Stopp von Rüstungsexporten</p>	<p>Analyse und Beseitigung von Hindernissen, die verantwortlich sind, daß einzelne Länder nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um aus eigener Kraft die volle Verwirklichung des Rechts zu erreichen</p> <p>Analyse aller geplanten Maßnahmen im Bereich internationaler Beziehungen (z.B. Wirtschafts-Finanz-, Agrar- und Entwicklungspolitik) auf absehbare Folgen im Hinblick auf Beeinträchtigung bestehender Existenzgrundlagen einzelner Bevölkerungsgruppen, der möglichen Auswirkungen auf Quantität, Qualität und nachhaltige Verfügbarkeit des Rechtsgutes in einem anderen Land, sowie die Auswirkungen auf Bemühungen des anderen Staates zur Förderung des Menschenrechts.</p> <p>Analyse des Beitrags der eigenen Maßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen zur Förderung des Menschenrechts in einzelnen anderen Ländern oder weltweit.</p>	<p>Identifizierung besonders benachteiligter Personengruppen</p>	<p>Spezifische Programme</p>

- Transfer von Umwelttechnologie
- Übernahme der Kosten für spezielle Programme eines anderen Staates zur Verwirklichung des Menschenrechts, dessen Finanzierung dieser nicht sicherstellen kann
- Unterstützung von Agrarreformen (z.B. durch Übernahme von Entschädigungszahlungen an bisherige Besitzer, um eine kostenlose Verteilung an Ländlose zu ermöglichen)
- Orientierung der Entwicklungshilfe an den jeweiligen nationalen (regierungsamtlichen und nicht-amtlichen) Analysen und Programmen

Wenn ein kleiner Dieb härter bestraft wird als ein mordender Diktator

Auf einer Tagung wurde ein unabhängiger Gerichtshof gefordert, vor dem Menschenrechte eingeklagt werden können

Von Tillmann Elliesen (Bonn)

Die rigide Ausrichtung der Wirtschaft auf den Weltmarkt gefährdet zunehmend die sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Menschen. Diese Ansicht äußerte Eberhard Weber von der Universität Freiburg auf einer Tagung des Forums Menschenrechte, ein Zusammenschluß von 40 nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland. Rund 200 Teilnehmer und 90 Referenten debattierten in Bonn über die gegenwärtige Lage und die Zukunft der Menschenrechte in aller Welt. Weil die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte besonders in der westlichen Welt noch nicht die gleiche Anerkennung erfahren wie die politischen und bürgerlichen Rechte, standen sie im Mittelpunkt. „Die Regierungen der Industrieländer“, so Sieghide Weinbrenner von der Organisation für das Recht, sich zu ernähren (FIAN), „sperrten sich gegen ein internationales Beschwerdeverfahren bei Verletzungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte, weil sie sich vor Klagen aus ihren eigenen Ländern fürchten.“

Wole Soyinka, Nobelpreisträger für Literatur aus Nigeria, wies kulturell begründete Einwände gegen die Menschenrechte zurück: In Ghana beispielsweise existiere neben der religiösen Tradition der Versklavung von Mädchen eine verbreitete Kultur des Protests dagegen. Wer sich zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen auf die „wahre“ Kultur berufe, der huldige in Wahrheit der „Kultur der Diktatur“.

Für eine effektivere Durchsetzung der Menschenrechte kommt dem geplanten Internationalen Strafgerichtshof, über den im Sommer in Rom auf einer Staatenkonferenz verhandelt werden soll, besondere Bedeutung zu. „Ein hungerndes Kind, das einen Laib Brot stiehlt, wird heute noch mit einer größeren Wahrscheinlichkeit bestraft als ein Diktator, der Millionen umbringt“, sagte Theo van Boven, ehemaliger Direktor des Menschenrechtszentrums der Vereinten Nationen in Genf. Einige Teilnehmer forderten einen politisch unabhängigen Gerichtshof, der UN-Sicherheitsrat dürfe auf die Verfahren keinen Einfluß haben. Diese Position vertritt auch die Bundesregierung, die USA gelten als die einflußreichsten Bremser. Gerhard Baum, Leiter der deutschen Delegation bei der UN-Menschenrechtskommission, mahnte: „Wir müssen uns überlegen, wie wir uns mit den Amerikanern auseinandersetzen, die den Strafgerichtshof nicht haben wollen, jedenfalls nicht in der Form wie wir.“

30. 04. 98

Schwäbische Zeitung

„Europa muß seinen Verpflichtungen nachkommen“

BONN - Die Menschenrechte sind auch 50 Jahre nach ihrer „Allgemeinen Erklärung“ durch die Vereinten Nationen und fünf Jahre nach der Weltmenschrechtskonferenz ein ungelöstes Versprechen.

Von unserem Mitarbeiter
Markus Dufner

Das „Forum Menschenrechte“, ein Zusammenschluß von 40 deutschen nichtstaatlichen Organisationen im Menschenrechtsbereich, hat bei seinem zehnjährigen Kongreß in Bonn

deshalb Politik und Gesellschaft zu einer „Neuverpflichtung auf die Menschenrechte“ aufgefordert. Der Kongreß unter dem Motto „Versprochen - verletzt - gefordert“ ward der Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen aus Anlaß der Menschenrechtserklärung am 10. Dezember 1948.

Vor mehr als 200 Teilnehmern aus dem In- und Ausland lief der Niederländer Theo van Boven, früherer Leiter des Menschenrechtszentrums der UN in Genf, besonders die europäischen Regierungen dazu auf, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie vor 50 Jahren aufgrund ihrer eigenen Gesetze eingegangen. Van Boven kriti-

sierte die Rolle der UNO in Ruanda: „Der Völkermord hätte verhindert werden können, wenn die Vereinten Nationen ihre Truppen nicht zurückgezogen hätten.“ In elf Foren berieten Menschenrechtsexperten und Teilnehmer unter anderem über die Themen Außenhandelspolitik und Menschenrechte, Schutz von Diskriminierten, Rassismus und Diktatorien, Frauenrechte und Asylrecht.

Der im Exil lebende nigerianische Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka prangerte die Menschenrechtsverletzungen des nigerianischen Staatschefs Abacha an und verglich die heute in vielen Teilen der Erde prak-

tizierte Verfolgung von Schriftstellern und Intellektuellen, die sich für Menschenrechte einsetzen, mit der Hexenjagd des Mittelalters. Hauptanliegen des Forums Menschenrechte, in dem unter anderem amnesty international, der DGB, Caritas, Diakonisches Werk, die Gesellschaft für bedrohte Völker, Misereor, Pax Christi, Pro Asyl, Reporter ohne Grenzen und terre des hommes mitarbeiten, ist die zügige Gründung eines internationalen Strafgerichtshofs. Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig sagte, er befürworte die vom Forum geplante Gründung eines deutschen Menschenrechtsinstituts.